

© Schwerpunkt »Stadt, Land – im Fluss«

»Ordnungsgemäße« Zerstörung

Ein neues Bündnis von Wald-Bürgerinitiativen kritisiert die staatliche Forstbewirtschaftung und fordert eine grundlegende Waldwende

von Petra Ludwig-Sidow, Claudia Blank und Susanne Ecker

Der Wald ist zwischen die Fronten geraten. Auf der einen Seite stehen traditionelle Förster, Landesforsten, Landwirtschaftskammern und -ministerien sowie die Holzindustrie und viele damit zusammenhängende Institutionen. Sie sind verantwortlich für eine gesteigerte Ausbeutung der Wälder mit höchster maschineller Effizienz. Auf der anderen Seite stehen Bürger, Waldinitiativen und Naturschützer, pensionierte Förster, frustrierte Förster und rebellische Förster, unterstützt von Waldexperten der Naturschutzverbände, von Waldökologen aus Hochschulen und von einzelnen Politikern. Sie fordern maximal naturnahe Bewirtschaftung, um den immer notwendiger werdenden Schutz der Wälder für Artenvielfalt, Erholung und Klimaschutz zu gewährleisten. Der folgende Beitrag berichtet von zivilgesellschaftlichen Waldinitiativen, die sich bundesweit zusammenschlossen haben, um ihre Wälder vor der zunehmend intensiven Waldbewirtschaftung durch die öffentliche Hand zu schützen – nicht ohne Erfolg.

Um dem Widerstand gegen die Plünderung der Wälder mehr Wirkung zu verleihen, schlossen sich 2017 Initiativen aus fast allen Bundesländern unter dem Dach der BundesbürgerInitiative WaldSchutz (BBIWS) zusammen.¹ Sie wächst kontinuierlich, denn immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mit ihren Sorgen um den Bürgerwald und seine Funktion für Natur und Erholung nicht ernst genommen und möchten ihrer Kritik an der Art der Waldbewirtschaftung durch Vernetzung mehr Gehör verschaffen.

Bei den Bundestreffen zeigt sich: Die Kritik an der Waldbewirtschaftung und die Erfahrungen mit amtlichen Förstern ist bei fast allen Aktiven die gleiche. Im Zentrum aller Auseinandersetzungen steht die sog. »ordnungsgemäße Forstwirtschaft«, die oft auch als »gute fachliche Praxis« verkauft wird. Die Aktiven der Bürgerinitiative haben gelernt, dass für den Wald in seiner Vielfalt dies aber alles andere als »gut« ist.

Widerstand gegen Waldausbeutung

Regelmäßig melden sich Initiativen, die kurzzeitig Unterstützung und Ratschläge brauchen, weil ihr Wald direkt bedroht ist. Beispiele sind der Hambacher Forst durch Braunkohleabbau, der Dannenröder Forst in Hessen durch Autobahnbau oder die Bannwälder

im Umkreis von München durch Siedlungs- und Straßenbau sowie durch Kiesförderung und Windenergie. Die meisten Widerstände aber richten sich gegen die ausbeuterische Bewirtschaftung der Wälder. Im Folgenden einige Beispiele:

»*Naturschutz und Kunst – Leipziger Auwald e.V.*«

Auwälder sind Überschwemmungsflächen an Flüssen, die einen natürlichen Hochwasserschutz bilden. Infolge von Flussbegradigungen und Wasserkraftnutzung mussten Deiche diesen Schutz übernehmen und schnitten die Auen von der Wasserzufuhr ab. Die fruchtbaren Auenböden wurden meist zu Acker. Daher sind Auen in Deutschland auf zehn bis 20 Prozent ihrer ursprünglichen Fläche zurückgegangen und nur ein Prozent davon ist noch mit natürlichem Auwald bestockt.

Im Leipziger Raum schufen die Weiße Elster und einige ihrer Nebenflüsse einen seit dem Mittelalter genutzten Auwald. In der Neuzeit führten Flussbettverlegungen, Industrieareale und Braunkohlentagebau zu Schrumpfung und Entwässerung. Natürliche Überflutungen kommen bei normalen Hochwassern nicht mehr vor. Heute ist noch ein Rest von knapp 5.000 Hektar erhalten, ein Flickenteppich von Naturschutzgebieten, ausgewiesen als europäisches Vogel-

schutzgebiet und wichtiger Naherholungsraum der Stadt Leipzig. Für seinen Schutz und die Revitalisierung seiner ursprünglichen Ökosystemleistungen kämpft die Bürgerinitiative »Naturschutz und Kunst – Leipziger Auwald« (NuKLA) seit 2011. NuKLAs Aktivitäten schließen Kultur- und Kunstprojekte ein, mit denen die Öffentlichkeit angesprochen und finanzielle Grundlagen geschaffen werden, aber auch Petitionen und wissenschaftliche Symposien.²

2018 klagten NuKLA und die Grüne Liga beim Verwaltungsgericht gegen den Forstwirtschaftsplan 2019, der die Entnahme von 8.000 Festmeter Holz aus dem Natura 2000-Gebiet vorsieht. Der juristische Hebel ist die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die für europäische Schutzgebiete durchgeführt werden muss, wenn Maßnahmen zu »erheblichen Beeinträchtigungen« führen können. Obwohl die sog. »ordnungsgemäße Forstwirtschaft« in EU-Schutzgebieten grundsätzlich zulässig ist, hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Entnahmen großen Umfangs einer UVP bedürfen.

Bürgerinitiative »fightforforest-Odenwald«

Im Naturraum des ursprünglichen Odenwalds ist nur noch ein Flickwerk von Wäldern vorhanden. Wald verblieb vor allem dort, wo steile Hänge oder felsiger Boden Land- oder Weinbau nicht rentabel genug machten. Heute sind selbst diese Waldflecken bedroht: auf den Höhen durch den Bau von Windkraftanlagen, und die wenigen Altbaumstandorte vom Holzeinschlag. Die kleine Bürgerinitiative fightforforest, die sich auf die Berglandschaft um den Kurort Lindenfels konzentriert, dokumentiert akribisch mit Fotos und Satellitenbildern den Holzeinschlag der landeseigenen HessenForst und seine Folgen.³

In minutiösen Analysen erklärt die Initiative die Konzepte und Folgen der modernen Forstwirtschaft und liefert Hintergrundwissen, um der Argumentation der Förster für ihre Plantagenwirtschaft mit blockweisen Kahlschlägen und massiven Entnahmen durch Holzerntemaschinen (Harvester und Forwarder) ökologische Fakten entgegen zu stellen. Sie zeigen Baumverletzungen durch Harvester oder Sonnenbrand auf durch Holzernte freigestellten Buchen sowie vertrocknende Lärchen- und Fichtenplantagen und kritisieren die im Waldnutzungsplan 2014 bis 2024 geplante Erhöhung des Nadelwaldanteils auf 30 Prozent. Die Mitglieder beschreiben auf ihrer Webseite, wie die Plünderung des Waldes den Erholungswert des bekannten Wandergebietes (Fernwanderweg Nibelungensteig) immer weiter senkt. Mit ihren Waldzustandsanalysen sind sie ein gutes Beispiel für *citizen scientists*, Bürgerwissenschaftler, die von Förstern leider als »selbsternannte Experten« diffamiert werden.

Bürgerinitiative »Zukunft Stuttgarter Wald«

Stuttgart ist eine hochverdichtete Stadt in Talkessellage, in der Erwärmung und Schadstoffbelastung durch den Autoverkehr die Bewohner stark belasten. Intakte große Waldflächen am Rande der Stadt haben daher nicht nur einen hohen Stellenwert für die Naherholung, sondern sind auch wichtige Kaltluftentstehungsgebiete. Die Initiative⁴ gründete sich 2018 aufgrund von massiven Holzeinschlägen, bei denen selbst in einem FFH-Gebiet viele Altbüchen gefällt wurden. Die Gruppe ist in sozialen Netzwerken aktiv und betreibt einen Waldstammtisch. Dem Bürgermeister überreichten sie eine Petition und stellten einen Antrag zum Bürgerhaushalt, denn sie fordern »Bürgerwald statt Nutzwald« mit mehr Mitspracherecht und einer neuen Waldstrategie. Ihren Zielen entgegen kommt die Einrichtung eines kommunalen Waldbeirates in Stuttgart.

Bürgerinitiative »ViVaWald« in Reinfeld

Schleswig-Holstein ist das waldärmste Bundesland und trägt neben Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Verantwortung für »Baltische Buchenwälder«, aber auch für die Reste alter Waldstandorte auf der Geest, die seit dem Ende der Eiszeit bewaldet sind, sowie für Hangwälder an der Ostseeküste. Hohe Stickstoffeinträge aus der intensiven Landwirtschaft reduzieren die Habitatqualitäten der kleinen Wälder, d. h. ihre Eignung als Lebensraum für bestimmte Tiere und Pflanzen. Überhöhte Wildbestände prägen das Waldökosystem, indem sie die Laubwaldneubildung behindern.

Im Süden des Landes, in Reinfeld, hat sich 2013 die Initiative ViVaWald gegründet, die »nicht einverstanden« ist mit der Art und Weise, wie die Landesforsten oder auch die Förster der Landwirtschaftskammer die Wälder bewirtschaften.⁵ Sie will im Wald keine Autobahnen für Holzlaster und keinen monotonen Altersklassenwald mit der Anmutung eines überdimensionalen Maisackers. ViVaWald kritisiert die schweren Befahrungsschäden und fordert strukturreiche Wälder mit natürlicher Komplexität und den Erhalt alter Bäume; Sägen sollen in der Brutzeit ruhen. Die Initiative dokumentiert Schäden, vermisst Rückegassenabstände und Stämmestapel und fordert die Beteiligung an den regelmäßigen Überprüfungen der Forstzertifizierung ein (den FSC-Audits). Empörung eint die mitgliederstarke Initiative, sie arbeitet eng mit dem Naturschutzbund (NABU) zusammen und ist landesweit mit Experten verzahnt.

Bürgerinitiative »Pro Ettersberg« in Weimar

Der Ettersberg, ein bewaldeter Inselberg aus Muschelkalk, ist eines der letzten beiden Waldrelikte im Thüringer Becken. Traurige Bekanntheit erlangte er durch das Konzentrationslager Buchenwald, dessen Menschenvernichtungsmaschinerie mit einer Vernichtung

von Bäumen begann. Drei Naturschutzgebiete und ein FFH-Gebiet sind heute auf der Fläche vereint; mittendrin liegt das UNESCO-Weltkulturerbe Schloss und Park Ettersburg.

Die Bürgerinitiative Pro Ettersberg⁶ kritisiert die massiven Abholzungen, die zu übermäßigem Lichteinfall führen, und zweifelt auch die Behauptung der Forstleute an, dass dies für die Entwicklung der Stiel- und Traubeneichen notwendig sei. Pro Ettersberg, unterstützt von der Greenpeace-Gruppe Jena, fordert die naturnahe Waldentwicklung mit Bewirtschaftung nach dem »Lübecker Modell«⁷ und die Einstellung der forstlichen Schwertechnik im FFH-Gebiet. Dies gebiete allein schon die Demut gegenüber der historischen Schuld, an die das Buchenwald-Mahnmal erinnert. Ihre Petition, die auch die Einstellung der forstlichen Nutzung in den drei Naturschutzgebieten fordert, erreichte 2018 das erforderliche Quorum. Aber trotz des bereits dritten laufenden Petitionsverfahrens wurden von der Landesregierung bislang keine verbindlichen Festlegungen getroffen. Die Ausbeutung des Waldes geht unverändert weiter.

»Bürgerinitiative gegen die Waldzerstörung« in Nürnberg

Der 25.000 Hektar große Nürnberger Reichswald wurde 1980 zum Bannwald erklärt. Er gehört zum Netz der Natura 2000- und EU-Vogelschutzgebiete. Sein ursprünglicher Bestand waren Kiefern-Birken-Eichen-Mischwälder und Buchen-Mischwälder. Nach Kahlschlägen im Mittelalter legten Neuaufforstungen und Aussaaten den Grundstein für die von da an dominierenden Kiefern- und Fichtenmonokulturen – aber auch für wiederholten Schädlingsbefall. Mit dem Reichswaldprogramm 1986 bis 2003 sollte der Forst in einen naturnahen Mischwald umgebaut werden. 2005 begann mit der Forstreform eine industrielle Form der Bewirtschaftung durch die Bayerischen Staatsforsten (BaySF). Dies führte sehr bald zu Protesten und Widerständen in der Bevölkerung.

Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Nürnberger Land wollten nicht mehr tatenlos zusehen, wie ihr Wald zur Holzplantage verkommt, und gründeten 2017 die »Bürgerinitiative gegen die Waldzerstörung«.⁸ Seitdem die Staatsforsten den Bürgerwald »verwalten«, steigt die Holzentnahme sprunghaft an und erzeuget tonnenschwere Großmaschinen irreparable Bodenschäden. Die Bürgerinitiative protestiert auch gegen Fällungen von Altbäumen, zu eng angelegte Rückegassen und den massiven Wegeausbau. Naturschutz und Naherholung blieben immer mehr auf der Strecke. Selbst großflächige Durchforstungen in Vogelschutz- und Naturschutzgebieten während der Brutzeit gelten offiziell als »ordnungsgemäß«. Unverständlich ist aus Bürgersicht, dass etablierte Naturschutzverbände diese Formen schonungsloser

Forstwirtschaft zu wenig kritisieren. Die Initiative, unterstützt von einem Forstamtsleiter im Ruhestand, will deshalb eine Reform der Forstreform erreichen mit einer Bewirtschaftung wie im Lübecker Stadtwald. Die zuständigen Förster sollen überschaubare Reviere übernehmen, die ein verantwortungsvolles und naturverträgliches Arbeiten möglich machen.

Bürgerinitiative »Schützt den Pfälzerwald«

Der Pfälzerwald gilt als das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands und ist seit 1998 gemeinsam mit den Nordvogesen UNESCO-Biosphärenreservat. Er ist damit ein wichtiger Mosaikstein für die globale Erhaltung der biologischen Vielfalt und ökologisch nachhaltig genutzter Ressourcen. Die Zonierung des Biosphärenreservats fordert einen besonderen Umgang mit dem Wald, der nach Ansicht der 2014 gegründeten Bürgerinitiative »Schützt den Pfälzerwald«⁹ nicht ausreichend umgesetzt wird. Während in den Kernzonen ohne Holzeinschlag die natürlichen Prozesse der Waldentwicklung zugelassen werden (Prozessschutz), soll in den sie umgebenden Pflege- und Entwicklungszonen eine schonende naturnahe Bewirtschaftung mit Modellcharakter im Mittelpunkt stehen. Leitmotiv in allen Zonen ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Stattdessen wird der Pfälzerwald jedoch durch die nach der Forstreform massiv gesteigerten Holzeinschläge und den im Buchenwald vorherrschenden Schirmschlag stark aufgelichtet und damit anfälliger gemacht für die Folgen des Klimawandels. Altbuchen und ältere, besonders artenreiche Waldbereiche über 120 Jahre sind außerhalb der Kernzonen kaum noch zu finden. Die Profitorientierung der Forstwirtschaft schädigt den Pfälzerwald als Refugium für Tiere und Menschen, beeinflusst die Grundwasserneubildung und Wasserspeicherung negativ und widerspricht dem geforderten Vorbildcharakter des Biosphärenreservats als Modellregion der UNESCO. Zugleich leiden Natur und Landschaft (und damit nicht zuletzt auch der Tourismus), denn die umfangreichen Ernten mit Harvestern und Forwardern beeinträchtigen die Waldästhetik erheblich. Hinzu kommt der Ausbau der Bundesstraße 10 als Transitstrecke für LKW, die den Pfälzerwald ohne Grünbrücken quert und damit das Waldgebiet als Lebensraum für Tiere durchschneidet.

Neben diesen regionalen Initiativen haben sich der BBIWS auch »Einzelkämpfer« angeschlossen, die Widerstand und Protest mit Aufklärung und Fachinformation auf Webseiten oder Blogs fachlich unterfüttern. Sie sind Forstwirte, Wissenschaftler oder *selfmade experts*, die es im Laufe ihrer jahrelangen Don-Quichote-Einsätze zu einem enormen Expertenwissen brachten.¹⁰ Wie schon Stéphane Hessel,

Buchenwald-Überlebender und Mitglied der Résistance, schrieb: »Wenn man sich über etwas empört ... wird man aktiv.«

Netzwerke gegen Seilschaften

Die Beispiele zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht länger ahnungslos sind. Und je mehr sie sich weiterbilden, desto stärker wird die Erkenntnis, dass irgendetwas falsch läuft. Damit sie ihre Beobachtungen deutschlandweit dokumentieren können, hat die BBIWS zusammen mit der Naturwald Akademie und Robin Wood im Frühsommer 2019 den »Online-Radar gegen Waldzerstörung« ins Leben gerufen. Auf der Webseite können Folgeschäden der Forstbewirtschaftung in Karten eingetragen und abgebildet werden. Denn die Bürger sehen täglich, was in ihrem Wald passiert: Seit den Forstreformen der Länder fährt die Forstindustrie technisch aufgerüstet und ohne Rücksicht auf Brutzeiten oder Horste streng geschützter Großvögel in die öffentlichen Wälder ein und macht auch vor Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten nicht Halt. Ökonomie rangiert vor Ökologie und schadet dem Wald in Zeiten sich rapide manifestierender Klimawandelfolgen doppelt.

Inzwischen fühlen sich die Waldschutzbürger von Wissenschaftlern und der Realität bestätigt: Die naturferne Art der Bewirtschaftung und Nadelholzmonokulturen haben zu einer Störanfälligkeit der Wälder geführt. Nicht standortheimische »Brotbäume«, häufige Durchforstungen, einseitige Auslese von Zielbäumen und die hohe Entnahme von Altbäumen reduzieren die Widerstands- und Regenerationsfähigkeit des Ökosystems Wald. Auch der Waldzustandsbericht der Naturwald Akademie¹¹ kommt zu diesem Ergebnis.

Totholzstämme, die Wasser speichern, Verdunstungskälte erzeugen, einen Hort der Insekten- und Pilzvielfalt darstellen, Kohlenstoff in den Boden transportieren und am Ende zu Humus kompostieren, sind Einzelercheinungen. Totholz wird zu selten und häufig nur als Kronenholz im Wald belassen. Auch die schwerlastfähigen, geschotterten »Forstautobahnen«, die den Wanderer frustrieren und kaum wasserdurchlässig sind, tragen zur steigenden Waldinnentemperatur und Austrocknung bei. Im Sommer nämlich sind sie Wärmebänder und Windkanäle im Waldgefüge.

Nachhaltig schädlich ist auch die Befahrung der empfindlichen Waldböden mit tonnenschweren Fahrzeugen und die Zerschneidung der Wälder mit Rückegassen, deren Abstände oft unter 20 Meter liegen. Durch Vibration und ihr enormes Gewicht verdichten die Maschinen die Böden, schließen so den wasserspeichernden Porenraum und zerstören das Feinwurzelwerk der Bäume neben den Rückegassen. Gleiches gilt für das Pilzmycel, das den gesamten Waldboden

durchzieht und für den Wald und den einzelnen Baum von funktioneller Bedeutung ist.

Spätestens nach dem Sommer 2018 zeigt sich, dass die forstwirtschaftliche Vorbelastung des Waldes Dürreschäden provoziert oder forciert. Die Mehrheit der Forstlobby jedoch bestreitet, dass es ihre Waldbaumethoden sind, die bei Klimawandelfolgen wie geringeren Sommerniederschlägen und höheren Temperaturen zu Folgekatastrophen führen. Rodungen und Räumungen mit Schwertechnik bleiben für sie das Mittel der Wahl, bei Massenvermehrungen von Forstschädlingen werden großflächig Pestizide eingesetzt.

In Schleswig-Holstein hatte die Forstwirtschaft 2019 sogar einen grünen Umweltminister davon überzeugt, Gifteinsatz in FSC-zertifizierten Landeswäldern anzuordnen, denn eigentlich hätten die FSC-Regeln Pestizide ausgeschlossen. Insektengifte wurden lokal mit Lockstoffen ausgebracht; andere Bundesländer setzten flächendeckend Hubschrauber für die ungezielte Befügung der Tierwelt ein. Der Aufschrei der Waldinitiativen und Naturschutzverbände folgte prompt, war doch gerade im Vorjahr von Krefelder Insektenkundlern der Rückgang der Zahl der Fluginsekten um über 75 Prozent innerhalb der letzten 27 Jahre festgestellt worden.

Folgerungen & Forderungen

- Seit den Reformen der Landesforstverwaltungen dominiert eine »holzfabrikmäßige« Nutzung der Wälder die anderen Gemeinwohlfunktionen der Wälder.
- Die gesetzlich festgeschriebenen Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes haben dabei stark an Bedeutung verloren.
- Selbst in Waldbeständen innerhalb von Naturschutzgebieten wird maschinenintensiv zu jeder Jahreszeit Holz geerntet.
- Die aktuellen Bewirtschaftungsgrundsätze gehören auf den Prüfstand und ein grundlegender Politikwechsel im deutschen Wald muss eingeleitet werden.
- Staatliche Forstbetriebe dürfen nicht länger vornehmlich erwerbswirtschaftlich und profitorientiert arbeiten. Der Wald ist mehr als nur ein Holzlieferant. Sein Schutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Generationengerechtigkeit dient.
- Der öffentliche Wald ist zudem Bürgerwald. Die Bürger haben dort ein Recht auf Information und Beteiligung.
- Die Bundesbürgerinitiative WaldSchutz fordert daher, den seit über zehn Jahren mit der Forstreform beschrittenen Weg umgehend zu verlassen und in einem neuen Bundeswaldgesetz angemessene Mindeststandards für die »ordnungsgemäße Forstwirtschaft« und für eine »gute fachliche Praxis« zu definieren.

Schadinsekten wie Käfer und Raupen sind jedoch die Folge eines jahrelang verschleppten Umbaus hin zu naturnahem Mischwald. Sie fielen über die dürrgeschwächten Nadelforste her und wurden als ökonomische Bedrohung gesehen, statt ihre Zerstörungen für einen ökologischen Neuanfang zu nutzen. Vielmehr wurden die betroffenen Flächen gerodet, maschinell geräumt und neu aufgeforstet. Die deutsche Ordnungsliebe und der gewohnte Forstaktionismus führten zu hohen Investitionen für neue Plantagen aus Baumschulware auf verdichtetem Boden ohne den Schatten stehen gelassener Bäume. Der Ruf nach mehr Wald wurde laut, die Landwirtschaftsministerin blies zum öffentlichkeitswirksamen Waldgipfel und Ökologen begannen zu fürchten, dass viele Neuwaldpflanzungen wertvolle Offenlandlebensräume wie blütenreiche Wiesen in Forst verwandeln.

Waldwende einleiten!

Für neue und alte Wälder sieht die BBIWS es als unerlässlich an, die »ordnungsgemäße Forstwirtschaft« und »gute fachliche Praxis« im Bundeswaldgesetz (BWaldG) mit klar definierten Mindeststandards zu füllen und Sonderstellungen der Forsten im Naturschutz zu beenden. Dafür fordert sie ein neues Bundeswaldgesetz und startete im Dezember 2018 die Petition »Wälder sind keine Holzfabriken«, die nach einem Jahr bereits rund 110.000 Menschen unterschrieben hatten.

Auch die viel bemühte Nachhaltigkeit muss neu, nämlich *ökologisch* definiert werden; Gemeinwohlleistungen müssen, wie das Bundesverfassungsgericht 1990 entschied, im öffentlichen Wald klar vor der Holznutzung stehen. Infolge des Klimawandels hat sich der Umfang dieser Leistungen erhöht, denn zu Erholungswert und Natur- und Artenschutz kommt der Klimaschutz hinzu. Diese Funktion aber kann mit der Nutzung von Holz nur im Einklang stehen, wenn das Holz waldschonend gewonnen und zu langlebigen Produkten verarbeitet wird, per Kaskadennutzung lange Kohlenstoffspeicher bleibt und erst ganz am Ende im Feuer landet.

Zuvorderst aber muss der Forst entindustrialisiert und zu wirklich naturnahem, ökologisch wertvollem Wald werden. Dieser muss sich weitgehend selbstbestimmt entwickeln dürfen; und neben behutsamer Nutzung müssen seine Prozesse in großen, nicht genutzten Bereichen erforscht werden. Die Geschwindigkeit des menschengemachten Klimawandels ist erdgeschichtlich ohne Beispiel, die Wahrscheinlichkeit, dass die »evolutionserfahrene« Natur erfolgreicher darauf reagieren kann, als die kaum mehr als 250 Jahre zurückblickende Forstwissenschaft, ist sehr hoch. Anstelle von »Ökonomie First« im Forst müssen wir wieder Wald wagen!

Anmerkungen

- 1 www.bundesbuergerinitiative-waldschutz.de.
- 2 www.nukla.de.
- 3 www.fff-odenwald.de.
- 4 www.wald-stuttgart.de.
- 5 <https://vivawald.wordpress.com/>
- 6 www.facebook.com/proETTERSBERG
- 7 Im Stadtwald Lübeck konnte nachgewiesen werden, dass naturschonendes Wirtschaften langfristig keinen Gewinnverlust bedeutet (»Lübecker Modell«) (<http://franzjosefadrian.com/stadtwalder/der-luebecker-stadtwald/>).
- 8 www.bi-gegen-die-waldzerstoerung.org.
- 9 www.schuetzt-den-pfaelzerwald.de.
- 10 Beispiele sind die Webseiten www.waldkritik.de, www.waldproblematik.de, www.waldklein.de und www.franzjosefadrian.com.
- 11 »Deutschlands Wäldern geht es schlecht!« Pressemitteilung der Naturwald Akademie vom 24. April 2018 anlässlich des Erscheinens des Alternativen Waldzustandsberichts.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ László Maráz: Wie steht es um den Waldnaturschutz? Zehn Jahre Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 228–232.
- ▶ Hubert Weiger, Nicola Uhde und Ralf Straußberger: Schatten & Licht. BUND-Waldreport 2016 dokumentiert Defizite und positive Entwicklungen in der Forstwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 218–222.
- ▶ László Maráz: Wald – Ressource oder Lebensraum? Über den wachsenden Holzverbrauch und die Grenzen der Plantagenwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 224–228.
- ▶ Hubert Weiger: Mehr als nur Holz. Über die Gemeinwohlleistungen des Waldes und die weitere Privatisierung öffentlicher Wälder. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 201–204.
- ▶ Nicola Uhde, Hubert Weiger und Ralf Straußberger: Forstwirtschaft auf dem Holzweg. Schwarzbuch Wald dokumentiert Defizite beim Wald-Naturschutz. In: Der kritische Agrarbericht 2010, S. 201–204.



Dr. Petra Ludwig-Sidow

Diplom-Geologin und Journalistin, 1. Vorsitzende des NABU Ammersbek, Mitglied von VivaWald und der Bundesbürgerinitiative WaldSchutz (BBIWS).

Nien Diek 3b, 22949 Ammersbek
petra@sidow.info



Claudia Blank

Waldschützerin aus Bayern, Mitglied der Nürnberger »Bürgerinitiative gegen die Waldzerstörung« und im Kernteam der Bundesbürgerinitiative WaldSchutz (BBIWS).

Danziger Straße 38, 91207 Lauf an der Pegnitz
cl.blank@arcor.de



Susanne Ecker

Journalistin und Filmrealisatorin, Biosphären-guide im Pfälzerwald und Mitglied im Kernteam der Bundesbürgerinitiative WaldSchutz (BBIWS).

Mühlbergstr. 6, 67693 Fischbach
susanne.ecker@online.de